

**VORTRAG AN DEN MINISTERRAT****6/4.5**

GZ: LE.2.3.2/0034-EU-Koord LW/2016

Wien, am 15. Juni 2016

Gegenstand: Bericht über die 3.464. Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Brüssel am 17. Mai 2016

Am 17. Mai 2016 fand die 3.464. Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Brüssel statt.

TOP Annahme der Tagesordnung und die Listen der A-Punkte

Die Tagesordnung und die Listen der A-Punkte wurden ohne Einwände angenommen.

TOP Landwirtschaft und Klima

- **Informationen des Vorsitzes**
- **Vorstellung durch die Kommission**
- **Gedankenaustausch**

Der Vorsitz informierte über die komplexe Beziehung zwischen Landwirtschaft und Klima. Ziel sei eine Reduzierung der EU-internen Treibhausgas(THG)-Emissionen bis 2030, wobei Landwirtschaft und LULUCF (Land Use, Land Use Change and Forestry) erstmals Teil der Anstrengungen seien. Die Kohärenz zwischen Ernährungssicherheit und Klimawandel müsse sichergestellt werden.

Die Kommissare Hogan und Cañete berichteten über die EU-Verpflichtung einer 40% Reduzierung der THG sowie zur Begrenzung der Erderwärmung auf weniger als 2° Celsius bis 2030. Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im Oktober 2014 und das Pariser Klimaabkommen 2015 seien eine wichtige Orientierung. Die Land- und Forstwirtschaft leisten ihren Beitrag, wenngleich ihr Minderungspotential begrenzter als jenes anderer Sektoren sei. Ziele der Landwirtschaft, wie die Ernährungssicherung, seien bei den Verpflichtungen zu berücksichtigen. Die Kommission kündigte rechtliche Vorschläge an, welche unter die Lastenteilungsentscheidung fallen. Auch LULUCF werde einbezogen. Kommissar Cañete habe bislang 22 Mitgliedstaaten bereit, um über technische Aspekte zu informieren.



Zahlreiche Mitgliedstaaten verwiesen auf die wichtige Rolle, die die Land- und Forstwirtschaft in den Klimaschutzdiskussionen eingenommen hatten. Sie würden ihren Beitrag bei der Emissionsreduktion leisten, allerdings seien die Ziele realistisch und kosteneffizient anzusetzen.

Die zehn walddreichsten Mitgliedstaaten haben einen gemeinsamen Brief mit ihren Grundsatzpositionen an die Kommission übermittelt um die Bedeutung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung in der Klimafrage zu erläutern und forderten, diese ebenso zu berücksichtigen wie die Aufforstung. Zahlreiche Delegationen erwähnten die Prämisse der nachhaltigen Ernährungssicherung. Lebensmittelerzeugung in Europa müsse Vorrang haben. Einige Mitgliedstaaten verwiesen auf das im Vergleich zu anderen Sektoren geringere THG-Minderungspotential in der Landwirtschaft. Zur Zielerreichung bedürfe es eines klaren rechtlichen Rahmens. Die zentrale Rolle der Land- und Forstwirtschaft beim Übergang zur Bioökonomie wurde ebenfalls angesprochen; dabei müsse die regionale Kreislaufwirtschaft unterstützt werden. Vereinzelt Mitgliedstaaten machten auf die Bedeutung von Innovation, Forschung, Entwicklung klimaintelligenter Technologien sowie Wissenstransfer aufmerksam.

Die Kommission versprach, über die Beiträge Überlegungen anzustellen. Der Rat nahm die Informationen zur Kenntnis.

TOP Tierschutz

a) Eurobarometer zum Tierschutz

b) Einrichtung einer EU-Plattform für Tierschutz

- Sachstandsbericht der Kommission
- Gedankenaustausch

(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Der Vorsitz erläuterte die 2015 in Auftrag gegebene Eurobarometer-Befragung und verwies auf die Petition von „Compassion in World Farming“ zu „better farmed rabbit welfare“.

Kommissar Andriukaitis verwies auf die öffentliche Aussprache zum Tierschutz im AGRIFISH-Rat, 15. Februar 2016. Zeitgleich wurde auch die Eurobarometer-Umfrage veröffentlicht. Die Befragten sprachen sich grundsätzlich für nationale Regeln aus und forderten, dass bei Produkten aus Drittländern die EU-Tierschutzstandards gelten sollten. Bei der Errichtung einer EU-Plattform für Tierschutz wollte der Kommissar den Fokus auf konkrete Maßnahmen für alle Stakeholder legen.

Eine überwiegende Mehrheit der Mitgliedstaaten begrüßte die Errichtung einer Plattform, lehnte aber neue Rechtsvorschriften ab. Die Beachtung von Tierschutzstandards in Drittländern sowie die Berücksichtigung dieser Normen in Handelsabkommen wurden als wichtig erachtet, um im internationalen Handel nicht durch strengere Vorschriften benachteiligt zu werden. Die Plattform solle als Forum zum Wissens- und Erfahrungsaustausch genützt werden verwiesen auf die bereits bestehenden Kommissions- und Ratsarbeitsgruppen. Österreich kritisierte das Fehlen von Tierschutzstandards bei der Vergabe von Krediten und Garantien durch internationale Finanzinstitutionen im Investitionsbereich sowie bei Exportkrediten; dies sei überdies wettbewerbsverzerrend.

TOP Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik

- **Informationen der Kommission zum derzeitigen Stand und zu den nächsten Schritten**

Kommissar Hogan berichtete über die Fortschritte im Vereinfachungsprozess, beispielsweise beim Kontroll- und Sanktionssystem bei den Direktzahlungen. Bei der einheitlichen Marktordnung wurde eine Reduktion der Umsetzungsvorschriften gestartet, wobei von anfänglich 250 Regelungen nur rund 40 Rechtsakte bestehen bleiben sollen. Kommissar Hogan dankte den Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang für die gute Zusammenarbeit.

Die Mitgliedstaaten unterstrichen ebenfalls den Vereinfachungsbedarf beim Kontroll- und Sanktionssystem und sprachen die Vor-Ort- bzw. Nachkontrollen beim „yellow card“-Modell an ebenso wie die Verhältnismäßigkeit der Sanktionen. Uneinigkeit gab es im Hinblick auf eine Einbeziehung der Basisrechtsakte. Weiteres Vereinfachungspotential wurde bei den Definitionen zu „Junglandwirt“ und „aktiver Landwirt“ geortet.

Kommissar Hogan versprach die Prüfung weiterer Vereinfachungsmöglichkeiten bei Kontrollen und Sanktionen. Er zeigte sich offen gegenüber den Anregungen der Mitgliedstaaten und sehe der Diskussion zur Vereinfachung bei der Ökologisierung mit Interesse entgegen.

TOP Marktsituation und Stützungsmaßnahmen

– Aktuelle Informationen der Kommission

Kommissar Hogan gab einen Überblick über die aktuelle EU-Marktsituation, v.a. zum Milch-, Schweinefleisch-, Obst- und Gemüsemarkt, sowie ein Update zum Maßnahmenpaket des Vorjahres. Die Milchproduktion steige trotz niedriger Preise weiter. Erfreulich sei der Anstieg der Exporte, eine Tendenz zu stagnierender Nachfrage sei aber erkennbar. Die Milchmarktbeobachtungsstelle empfehle Lösungen auf der Angebotsseite. Am Schweinefleisch-Sektor sei trotz des russischen Embargos eine positive Entwicklung festzustellen. Ca. 60% der Bestände in der privaten Lagerhaltung konnten aufgelöst werden, der Preis entwickelte sich erstmals wieder positiv. Zusammen mit saisonal zu erwartender, steigender Nachfrage sollte sich die Marktlage stabilisieren. Bei Obst und Gemüse erhöhten sich die Produktionszahlen auf Grund des milden Winters, mit Auswirkungen auf die Preise.

Anfragen zu Finanzmitteln stehe die Kommission skeptisch gegenüber. Rasch abgewickelt wurden die Erhöhung der Interventionsmengen, die freiwillige Mengenbeschränkung in der Milchproduktion, die Ausschreibung für Experten der neuen Fleischbeobachtungsstelle, eine neue Maßnahme für Obst und Gemüse sowie Klarstellungen zu staatlichen Beihilfen. Betreffend Frostschäden würden die Dienststellen der Kommission derzeit prüfen, inwieweit geholfen werden könne.

Die Mitgliedstaaten gingen auf ihre spezifischen Probleme ein. Auf Antrag von Kroatien wurde über die prekäre Situation der kroatischen Milchbauern informiert, wo seit Beginn der Krise 2014 20% ihren Betrieb eingestellt hätten. Die Visegrad-Gruppe berichtete über das jüngste Treffen der Agrarminister am 29. April 2016 in Prag und verwies auf die gemeinsame Erklärung, welche Vorschläge zur Marktstabilisierung enthält.

Österreich und fünf weiterer Mitgliedstaaten wiesen auf massive Schäden im Obst- und Gemüsesektor in Mitteleuropa hin, die durch den im April erfolgten Wintereinbruch mit Minusgraden und heftigen Schneefällen entstanden sind.

Auf Initiative Österreichs wurde auch die mangelnde Transparenz in der 13. Verhandlungsrunde zu TTIP angesprochen. In Zusammenhang mit Freihandelsabkommen wurde auf Antrag der griechischen Delegation über die Herkunftskennzeichnung gesprochen, die ein Qualitätssiegel der EU darstelle. In den Verhandlungen mit Drittstaaten müssen diese Zeichen geschützt werden.

Viele Mitgliedstaaten machten auf die angespannte Marktsituation v.a. im Milchsektor aufmerksam. Positiv bewertet wurde die rasche Abwicklung der bisherigen Maßnahmen durch die Kommission, welche jedoch nicht die gewünschte Wirkung erzielten. Eine weitere zielgerichtete Finanzhilfe wurde gefordert, ebenso Vorauszahlungen zum Antragsjahr 2016 zu einem früheren Zeitpunkt. Einige Mitgliedstaaten könnten sich die Nutzung der Agrarkrisenreserve vorstellen und wünschten sich mehr Informationen zu verfügbaren EU-Haushaltsmitteln bis zum nächsten Rat Landwirtschaft.

Kommissar Hogan verwies auf die Einigung auf Marktorientierung. Die Möglichkeiten der GAP werden genutzt, 15 Maßnahmen wurden bereits umgesetzt. Mittel aus dem Hilfspaket, die bis Ende Juni 2016 nicht ausbezahlt seien, würden an den EU-Agrarhaushalt zurückgehen.

Bei TTIP müssten die USA den Europäern entgegen kommen. Ein „TTIP-light“ werde abgelehnt. Oberstes Ziel der EU sei Ausgewogenheit, was auch auf die Verhandlungen mit Mercosur zutrefe.

Der Rat nahm die Informationen der Kommission und die Bemerkungen der Mitgliedstaaten zur Kenntnis. Die Diskussion werde am nächsten Rat Landwirtschaft im Juni fortgesetzt.

TOP Sonstiges

a) Nahrungsmittel mit Doppelqualität auf dem EU-Binnenmarkt – **Informationen der tschechischen Delegation**

Die tschechische Delegation machte mit Unterstützung der slowakischen Delegation auf Lebensmittel aufmerksam, die auf dem Binnenmarkt unter gleichem Namen verkauft werden, jedoch unterschiedliche Qualität, Inhaltsstoffe und Mengen aufwiesen. Die Produkte seien korrekt gekennzeichnet, die Angaben entsprechen europäischen Rechtsvorschriften. Dennoch sahen die beiden Delegationen hier Irreführung der Konsumenten.

Die Kommission zeigte sich über die Praxis von Unternehmen überrascht, welche den Binnenmarkt künstlich zersplittere, sah jedoch keinen Beweis für eine absichtliche Irreführung. Solange Produkte korrekt gekennzeichnet seien handle es sich nicht um einen Verstoß gegen europäische Rechtsvorschriften. Eine Prüfung der genannten Beispiele werde erfolgen.

b) Krise auf dem Milchmarkt – **Antrag der kroatischen Delegation**

Unter TOP Marktsituation und Stützungsmaßnahmen mitbehandelt.

c) Lage der Rohstoffmärkte – Ergebnisse der Tagung der Visegrad-Länder mit Bulgarien, Österreich, Rumänien und Slowenien (Prag, 29. April 2016) – **Informationen der tschechischen Delegation**

Unter TOP Marktsituation und Stützungsmaßnahmen mitbehandelt.

d) Jüngste schwere Schäden in der landwirtschaftlichen Erzeugung durch späten Frost und Schnee – **Informationen der österreichischen, der kroatischen, der tschechischen, der ungarischen, der slowakischen und der slowenischen Delegation**

Unter TOP Marktsituation und Stützungsmaßnahmen mitbehandelt.

e) Treffen der Landwirtschaftsminister der G7 (Niigata, Japan 23./24. April 2016) – **Informationen der Kommission**

Kommissar Hogan berichtete über das Treffen der G7 Landwirtschaftsminister am 23.-24. April 2016 in Niigata, Japan. Das Treffen endete mit einer Erklärung, die viele Elemente und Anliegen der EU Agrarpolitik beinhalte und Ziele wie Rahmen für die Agrarpolitik der kommenden Jahre vorgibt. Die Rolle der Landwirtschaft bei Klimawandel, Ernährungssicherheit, Arbeitsplatzschaffung und Wachstum wurde betont. Die G7 werde 2017 von Italien geleitet, die G20 von Deutschland. Für Agrarkommissar Hogan bieten diese Foren eine ausgezeichnete Möglichkeit, die Europäische Agrarpolitik zu fördern.

Der Rat hat die Informationen der Kommission zur Kenntnis genommen.

f) **13. TTIP-Verhandlungsrunde**
– **Antrag der österreichischen Delegation**

Unter TOP Marktsituation und Stützungsmaßnahmen mitbehandelt.

g) **Schutz der geografischen Angaben im Rahmen der internationalen Handelsverhandlungen der Europäischen Union**
– **Antrag der griechischen Delegation**

Unter TOP Marktsituation und Stützungsmaßnahmen mitbehandelt.

h) **Aktueller Gesetzgebungsvorschlag**
(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG (erste Lesung)
Interinstitutionelles Dossier: 2013/0443 (COD)

Auf Antrag der polnischen Delegation wurde über die sich in Trilog-Verhandlungen befindende Richtlinie zur Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe diskutiert. Polen verwies auf Schwierigkeiten, die durch weitere Schadstoffreduktionen entstünden. Vor allem die berechneten Reduzierungen von Stickstoff-Emissionen beträfen die Landwirtschaft entscheidend. Neue rechtliche Anforderungen mit einer weiteren Verkomplizierung des Systems und einer Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit wurden befürchtet. Ein Abschluss der Verhandlungen sei verfrüht, die Auswirkungen müssten noch einmal überprüft werden.

Einige Mitgliedstaaten unterstützen den Antrag Polens und merkten an, dass die Zuteilung der Reduktionswerte nicht auf realistischen Zahlen basiere. Österreich betonte erneut die im Umweltrat geäußerte Haltung. Die allgemeine Ausrichtung des Rates sei nicht unterstützt worden. Die Kommission wurde gebeten, die Zahlen bei Ammoniak und Stickoxiden zu überprüfen.

Kommissar Hogan zeigte Verständnis. Jetzt läge es an den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament im Rahmen der Trilogie noch Änderungen zu erwirken.

Ich stelle sohin den

A n t r a g ,

die Bundesregierung wolle den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen.

Der Bundesminister:
Rupprechter